Kulturpolitische Rede Rust's in Essen

Essen, 3. August.

Bei der Eröffnung der Essener Gautagung der NSDAP hielt Freitag abend Reichsminister Rust im Rahmen einer Kulturkundgebung der HJ eine Rede. Der Minister führte darin u. a. aus:

Das Geheimnis der deutschen Zukunft ist immer nur das eine: Nun wollen wir nur noch Deutsche sein. Wir wollen uns angesichts dieser Feierstunde nicht verlieren in kleines Gezänk. Aber das eine muß doch hier und immer wieder gesagt werden: Wenn wir diese Volkssubstanz selber preisgeben, dann ist Deutschland ausgelöscht.

Darum gibt es kein Verhandeln über die folgenden Punkte:

1. Dieses Volk besteht mit seinem rassischen Wert und darum wird der unrassische Wert erbarmungslos ausgeschlossen aus unserem Volk. 2. Wenn in unserem Blut Anlagen durch Vererbung der Minderwertigkeit, des Verbrechens und der erblichen Krankheit sind, dann sehen wir unser Volk genau so als Organismus, wie wir uns selbst sehen, und wenn wir in unserem eigenen Körper derartige Triebe töten,

dann werden die Gesetze zur Erhaltung unseres Volkes in demselben Maß durchgeführt, ob das der Kirche paßt oder nicht.

Und ein Drittes angesichts des internationalen Gezeters über Katholikenverfolgung, die von vorn bis hinten gelogen sind. Wir kennen den Kampf und wissen, wie es uns selbst einmal ergangen ist. Wir nahmen an einer Diskussion teil und kämpften gegen die parlamentarisch-programmatische Zersplitterung eines einheitlichen politischen Willens in Deutschland. Und wer trat uns entgegen. — ein Geistlicher. Wir sagten: Ich denke, ich habe dich gestern in der Kirche gesehen. Wo ist dein Reich, dort oder hier. Er hatte seinen Bereich verlassen und ging dahin, wohin ihm der Heiland den Weg verboten hatte: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt". Wir sahen am Fronleichnamstag Zentrumsminister mit der Kerze in der Hand dem Allerheiligsten folgen. Am anderen Tage marschierten sie mit dem Reichsbanner. Das verstanden wir wieder nicht. Heute kommt die Quittung: In Moskau hat Herr Pieck, der führende Kommunist von Berlin im Preußischen Landtag, erklärt: Hätten wir damals gewußt, was wir heute wissen, wir wären mit dem Reichsbanner zusammengegangen, also auch mit Herrn Marx, mit der Zentrumskerze. Wenn wir nun alles vergessen sollen, dann gibt es nur noch eines: Ihr habt Euch die Aufgabe gestellt, den einzelnen Menschen in die Seligkeit zu führen. Euer Ziel ist das Jenseits, und Ihr habt eine Stätte, wo Ihr die Menschen vorbereitet: Das ist die Kirche. Auf dem Sportplatz könnt Ihr die Leute für den Himmel nicht vorbereiten.

Reichsstatthalter Wagner sprach in Karlsruhe

Im Verlaufe einer von 70 000 Menschen besuchten Kundgebung auf dem Schloßplatz in Karlsruhe hielt Reichsstatthalter Robert Wagner eine Rede, in der er sich mit den weltanschaulichen Gegnern des Nationalsozialismus auseinandersetzte. Der Reichsstatthalter erklärte unter anderem:

Wer künftig den Nationalsozialismus, die Weltanschauung des deutschen Volkes, angreift, ist unser Feind und wird als solcher behandelt. (Wiederholte stürmische Zustimmung.) **Nachsicht kennen wir nicht mehr.** (Stürmischer Beifall.) **Dem Nationalsozialismus verdankt unser Volk seine Wiedergeburt. Der Nationalsozialismus ist der geistige Inhalt unseres heutigen Staates, der Nationalsozialismus ist zum Staat geworden. Angriffe auf den Nationalsozialismus müssen als Angriffe auf den Staat gewertet werden. Der Staat kann daher künftig feindselige Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus nur noch mit dem Einsatz der gebotenen staatlichen Machtmittel beantworten.** (Wiederholte stürmische Zustimmung.)

Weiter wies der Reichsstatthalter darauf hin, daß in Deutschland die Freiheit der religiösen Betätigung gewährleistet sei. Religiöse Freiheit könne aber niemals gleichbedeutend sein mit Hetz- und Schimpffreiheit, mit Zucht- und Gesetzlosigkeit.

Wir dulden keine politischen Uebergriffe von kirchlicher Seite her, wir dulden aber auch auf die Dauer keine katholisch-politische Tagespresse, keine katholisch-politischen Jugendverbände und keine katholisch-politischen Berufs- und Arbeitervereine. (Erneute Zustimmung.) Im Konkordat steht nichts von politischen Zusammenschlüssen und politischen Zielen der Katholischen Kirche; der Sinn dieses Konkordates war es gerade, Politik und religiöse Seelsorge zu trennen.

Freilassung nur gegen Lösegeld

Peiping, 3. August.

Die Banditen, die den DNB.-Vertreter Müller und den englischen Journalisten Jones gewaltsam entführt hatten, dann aber Müller zum Zwecke der Beschaffung des Lösegeldes freigaben, bestehen nach wie vor auf der Zahlung des von ihnen geforderten Lösegeldes in Höhe von 50 000 mexikanischen Dollar.

Müller erhielt im Laufe des Freitagvormittags von dem Präsidenten des politischen Rates der Zentralregierung, Wang-Komin, die Zusicherung, daß die chinesische Regierung für die Zahlung des Lösegeldes unter allen Umständen einsteht. — Müller wird, da die Banditen die Freigabe Jones' von der Zahlung des Lösegeldes abhängig machen, noch im Laufe des Freitags nach Kalgan zurückfahren, um dort für die weiteren Verhandlungen zur Verfügung zu stehen.

1646 Katholiken aus Belfast vertrieben

Ein Hilferuf des Bischofs von Down und Connor — Die Flüchtlinge in bitterster Notlage

London, 3. August.

Der Bischof von Down und Connor teilt der Presse mit, daß sich die 1646 katholischen Flüchtlinge, die bei den Unruhen in Belfast aus ihren Häusern und Wohnungen vertrieben wurden, in einer außerordentlich erbarmungswürdigen Lage befinden. Viele haben ihr ganzes Hab und Gut in den Trümmern dieser Häuser verloren. Manche von ihnen sind Invaliden, und andere sind alte und hilflose Leute; wiederum andere sind arbeitslos. Selbst alte Frontkämpfer und ihre Familien sind unter den Vertriebenen zu finden. Viele katholische Mädchen, die oft die einzigen Lohnverdiener großer Familien sind, können wegen der ständigen Drohungen ihrer religiösen Gegner nicht an ihre Arbeitsstätten zurückkehren.

In der „Catholic Times" wird gemeldet, daß führende nordirische Regierungsmitglieder durch „hetzerische" Reden zum Aufflammen der Unruhen beigetragen hätten. So habe der Landwirtschaftsminister Sir Basil Brooke u. a. gesagt, die Katholiken seien darauf aus, Ulster mit ihrer ganzen Macht und Kraft zu zerstören. Er empfehle den Leuten, keine Katholiken anzustellen, da diese zu 99 v. H. regierungsfeindlich seien. Er werde weitere Schritte in dieser Richtung unternehmen. Der Großmeister der nordirischen Orangisten habe bei einer öffentlichen Kundgebung das Schlagwort geprägt: „Protestanten, stellt nur Protestanten an!"

Die „Bremen" wieder im Heimathafen

Der Kapitän des Schiffes schildert die Newyorker Vorgänge

Bremerhaven, 3. August.

Die „Bremen" traf am Freitag um 8 Uhr in ihrem Heimathafen Bremerhaven ein. Ein Vertreter des DNB. hatte Gelegenheit, den Kapitän des Schiffes, Kommodore Ziegenhein, über die Newyorker Vorfälle bei der Abfahrt des Schiffes zu befragen. Kapitän Ziegenhein erklärte, daß die Vorfälle an Bord des Schiffes keine Beunruhigung hervorgerufen haben. Der Kapitän erzählte dann weiter:

Nach der Ankunft in Newyork wurden wir vor Ueberfällen gewarnt. Es sollten auch in den kommunistischen Zeitungen Demonstrationen angekündigt worden sein. Am 26. Juli mittags wurde uns die Warnung von der Newyorker Polizei bestätigt. Die Polizei alarmierte zunächst 250 Beamte, um sie bei der Abfahrt des Schiffes einzusetzen. Diese Polizeikräfte wurden später noch verstärkt. Mit Rücksicht auf die Warnung wurde die Ausgabe der Besucherkarten eingeschränkt. Außerdem wurden an den Eingängen zum Pier verdächtig aussehende Personen durch Polizeikräfte zurückgehalten.

Wir haben, so betonte Kommodore Ziegenhein, in allen Teilen des Schiffes die Mannschaft verdoppelt und postiert. Die Wache des Deckpersonals wurde auf den einzelnen Decks und in der Nähe der Nationalflagge postiert. Es sollte sich zunächst auch alles in normaler Weise ab und die Passagiere gelangten, wie üblich, unbehelligt an Bord.

Gegen 23 Uhr versammelte sich vor dem Pier

ein Demonstrationszug

in Stärke von etwa 400 Personen, in dem Schilder mit verschiedenen Aufschriften getragen wurden. Es bildeten sich auch Sprechchöre. Die Polizei drängte diesen Demonstrationszug ab. Da inzwischen bekanntgeworden war, daß weitere Ansammlungen geplant seien, wurde bereits gegen 23 Uhr das Signal zum Verlassen für die Begleiter der Passagiere gegeben. Außerdem wurde das Polizeiaufgebot verstärkt. Es wurde auch mit dem Wegnehmen der Landstege begonnen. Gegen 23.45 Uhr waren alle Stege entfernt, mit Ausnahme eines Steges zum Promenadendeck der 1. Klasse sowie eines Steges zum Vorschiff für die 3. Klasse.

Kurz vor 24 Uhr, als die erste Wache unter Führung des Zweiten Offiziers und des Ersten Maschinenoffiziers am Vorschiff bei der Arbeit waren, die Radabweiser einzuholen, tauchten plötzlich in der Dunkelheit

mehrere zivilgekleidete Männer

nach vorn und schlugen zunächst den Maschinenoffizier und dann den Zweiten Offizier nieder, der ihm zur Hilfe eilen wollte. Die beiden Angegriffenen waren zunächst der Meinung, daß es sich bei den Angreifern um Passagiere handele, die sich die Demonstrationen ansehen wollten. Inzwischen [illegible] Mitglieder ihrer Kameraden zu Hilfe. Auch die in der Nähe befindlichen amerikanischen Geheimpolizisten griffen sofort tatkräftig ein. Trotzdem gelang es in diesem Handgemenge einer von den Burschen, die Handgranaten an Bord des Schiffes abzuschießen und über Bord zu werfen. Einer der Täter hatte den Revolver gezogen und auf den Zweiten Offizier angelegt, kam aber nicht zum Schuß, da er von einem amerikanischen Geheimpolizisten

durch einen Schuß niedergestreckt

wurde. Weitere fünf bis sechs Angreifer wurden in dem Handgemenge von den Besatzungsmitgliedern der „Bremen" mit Hilfe der amerikanischen Geheimpolizisten unschädlich gemacht.

Der ganze Vorfall spielte sich in [illegible] ab. Die Arbeiten für die Abfahrt waren schnell [illegible] fortgesetzt, so daß die „Bremen" am 27. Juli planmäßig um 0.30 Uhr ohne Beunruhigung der Passagiere von Bremerhaven [illegible] konnte.

München: „Hauptstadt der Bewegung"

Der Führer hat in einer am Freitag abgehaltenen Besprechung mit Oberbürgermeister Fiehler der Stadt München die Bezeichnung „Hauptstadt der Bewegung" verliehen.

Der Erinnerungsmarsch am 9. November zum Münchner Odeonsplatz

Im Namen der Stadt München erläßt der Stellvertretende der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion, Christian Weber, einen Aufruf, in dem ausgeführt wird:

Am 9. November jährt sich zum zweiten Mal der für Volk und Vaterland geschichtlich denkwürdige Tag, an dem ha Jahre 1923 unser Führer Adolf Hitler, gefolgt von seinen getreuesten Mitkämpfern, in München den ersten nationalsozialistischen Befreiungsmarsch vom Bürgerbräukeller durch das Tal über den Marienplatz zum Odeonsplatz durchgeführt hat.

Für alle Zeiten und alle Geschlechter kündet das Mahnmal an der Feldherrnhalle von jenen unerschrockenen Streitern der Bewegung, die durch ihren opferfreudigen Tod die heißersehnte Stunde der Freiheit und Einigkeit des deutschen Volkes mit vorbereitet hat.

Zur Erinnerung an diesen für die Geschichte der Bewegung und das Schicksal des Deutschen Reiches und Volkes entscheidenden Tag wird am kommenden 9. November dieses Jahres der Marsch vom Bürgerbräukeller zum Odeonsplatz erfolgen. An der Spitze des Zuges wird, wie 1923 und 1933, wiederum der Führer marschieren.

Einladung zur Teilnahme an diesem Erinnerungsmarsch ergeht 1. an alle, die sich im Besitz eines Nachweises der tätigen Teilnahme am Befreiungsmarsch des 9. November 1923 befinden; 2. an amtliche Gauleiter und Gauleiter Deutschlands.

Die Teilnehmer tragen [illegible] Kragen, [illegible] mit der Armbinde von 1923, [illegible] Schulterklappen, keine Kopfbedeckung, [illegible] Hose und Schaftstiefel. Als einziges Ehrenzeichen wird das Blutordenband mit Band im Knopfloch der rechten Brusttasche des Braunhemdes getragen.

An der Spitze des Zuges marschiert der Führer, begleitet von seinem Stellvertreter Rudolf Heß. Die erste Gruppe bilden alle Männer, die am 9. November 1923 teilgenommen haben, die zweite Gruppe setzt sich aus führenden Reichs- und Gauleitern der Bewegung — deren Stellvertreter — zusammen.

Die Geschäftsstelle des Nachbereitenden Ausschusses für den Erinnerungsmarsch am 9. November 1935 befindet sich in München, Rathaus, Zimmer 156, wo jede gewünschte Auskunft schriftlich und mündlich erteilt wird.

Griechenland will Otto Strasser ausweisen

Athen, 3. August. [illegible] Griechenland, um [illegible] mit der Partei Hitlers zu kompromittieren. Der Innenminister hat verfügt, daß Otto Strasser, der im Augenblick noch in Athen weilt, verhaftet und ausgewiesen wird.

Aufenthaltsverbot für einen katholischen Geistlichen

Wegen Begünstigung [illegible] wurde am 25. [illegible] durch Erlaß des [illegible] Berlin ein Aufenthaltsverbot für das Gebiet der Provinz [illegible] mit sofortiger Wirkung [illegible] verfügt. Das Verbot ist mit dem Verhalten des Geistlichen gegen Staat und Partei begründet.

Verfügung des Würzburger Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister von Würzburg unterrichtet in amtlichen Dienststellen der Stadt eine Verfügung, in der er [illegible] Dienststellenleiter auffordert, bis 15. August [illegible] die Namen derjenigen Beamten, Angestellten und [illegible] Arbeiter anzugeben, deren Kinder [illegible] Hitlerjugendverbänden angehören.

Der Regensburger Dom wird „entstaubt"

Augsburg, 3. August.

Der berühmte Dom von Regensburg, der Hauptdom der Gotik in Bayern, dessen Bau 1275 begonnen und 1524 fertiggestellt wurde, wird zur Zeit einer gründlichen Verjüngung unterzogen. Unter Aufsicht des staatlichen Bauamtes für Denkmalspflege werden die [illegible] Gewölbe, die Fenster und Statuen „entstaubt", [illegible] werden [illegible] vom Rost befreit und [illegible]. Die Arbeit der Entstaubung an den hohen Gewölben der Türme [illegible] lich; sie wird ausgeführt mit Hilfe einer Fensterputzerei. [illegible] Flaschenzug in die Höhe [illegible] dabei elektrische Staubsauger zur Anwendung.

Gefängnis für katholische Geistliche

Braunsberg, 3. August.

Das Schöffengericht in Braunsberg verurteilte am Donnerstag den Expriester Siegfried Hoppe aus Mehlsack zu sechs Monaten Gefängnis, den Expriester Alois Schulz aus Braunsberg zu acht Monaten Gefängnis und den Kaplan Joseph Sauermann aus Braunsberg zu vier Monaten Gefängnis wegen Vergehens gegen die Paragraphen 186, 130a Absatz 1 und 2 und 75 des Strafgesetzbuches.

Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Am 19. Mai 1935 hatte in Mehlsack eine Bezirksversammlung des katholischen Arbeitervereins stattgefunden, in der der Arbeitersekretär Lynck als Redner aufgetreten war. Bald nach der Versammlung war Lynck wegen dieser Rede durch die Geheime Staatspolizei in Schutzhaft genommen worden. Da der Angeklagte Hoppe dieses Vorgehen darauf zurückführte, daß der Polizeiwachtmeister Vallentin aus Mehlsack Ohrenzeuge der Versammlung gewesen sei, richtete er ein Schreiben an die Geheime Staatspolizei, in dem er diese vor Vallentin warnte und mitteilte, daß in Mehlsack über Vallentin recht Ungünstiges erzählt werde; er habe viele Schulden und es sei sogar der Verdacht aufgekommen, daß Vallentin stehle.

Eine Abschrift dieses Schreibens übersandte er an den Vorsitzenden des Arbeitervereins der Diözese Braunsberg, den Angeklagten Schulz, der die Verlesung dieses Schreibens von der Kanzel durch den Angeklagten Sauermann sowie einen Anschlag an der Kirchentür in Braunsberg anordnete. Die eingehende Beweisaufnahme ergab, daß die gegen den Polizeihauptwachtmeister Vallentin erhobenen schweren Anwürfe völlig unbegründet und daß die Behauptungen lediglich deshalb aufgestellt waren, um die Glaubwürdigkeit des Polizeihauptwachtmeisters Vallentin bei seinen vorgesetzten Dienststellen zu erschüttern.

Ausweisung eines Geistlichen aus dem Regierungsbezirk Erfurt

Die „Frankfurter Zeitung" meldet:

„Wie aus einer Mitteilung der „Thüringischen Staatszeitung" hervorgeht, ist dem vor kurzem wegen staatsfeindlichen Verhaltens in Schutzhaft genommenen katholischen Pfarrer Oberthür in Birkungen die Aufenthaltserlaubnis im Erfurter Regierungsbezirk entzogen worden. Der Leiter der Staatspolizeistelle habe ihm den Ausweisungsbefehl überbracht und ihn auf das Verwerfliche seines Handelns noch einmal aufmerksam gemacht. Wie dem Bericht der genannten Zeitung weiter zu entnehmen ist, habe sich der Geistliche auch bei dieser Gelegenheit zu einer abfälligen Aeußerung über den heutigen Staat hinreißen lassen."